Mehrheit ist für eine Umweltabgabe auf Flugtickets

Umfrage von GFS Zürich Demnächst wird eine Volksinitiative für einen Umweltzuschlag auf Flugreisen eingereicht.

Soll auf Flugtickets eine Zusatzgebühr für den Klimaschutz erhoben werden? Gemäss einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Verkehrsverbands Umverkehr steht eine Mehrheit hinter einer solchen Abgabe. GFS Zürich hat dafür über 1000 Personen befragt. Rund zwei Drittel der Befragten sprechen sich für die Einführung einer Flugticketabgabe aus. Bemerkenswert: Über die Hälfte würde sogar eine höhere Abgabe akzeptieren, als sie in der Schweiz bisher politisch diskutiert wurde.

Konkret unterstützen mehr als 50 Prozent der Befragten eine Abgabe von über 30 Franken auf Kurzstreckenflüge sowie über 120 Franken auf Langstreckenflüge. 22 Prozent der Befragten würden sogar eine Abgabe von 150 Franken für die kurze Strecke und 600 Franken für Langstreckenflüge befürworten.

Auch bei der Verwendung der Einnahmen zeigt sich ein klares Bild: Eine Mehrheit möchte das Geld für Vergünstigungen im öffentlichen Verkehr sowie für die Förderung des internationalen Schienenverkehrs einsetzen – ausdrücklich auch für Nachtzüge. Weniger populär sind hingegen Modelle, bei denen die Einnahmen gleichmässig an die Bevölkerung zurückverteilt oder für synthetische Treibstoffe verwendet würden.

Das Ergebnis der Umfrage gefällt Umverkehr. Der Verkehrsverband reicht im kommenden Frühjahr eine Initiative zur Einführung einer Flugticketabgabe ein. Das Volksbegehren sieht vor, die Einnahmen gezielt in den Ausbau des internationalen Bahnverkehrs und in günstigere ÖV-Angebote im Inland zu investieren. Das Parlament lehnte im Rahmen der Budgetdebatte aber Beiträge für Nachtzüge aus den Einnahmen des bereits heute bestehenden Emissionshandelssystems für Fluggesellschaften ab. Stattdessen fliesst das eingenommene Geld zur Hälfte in den allgemeinen Bundeshaushalt – die andere Hälfte in die Luftfahrtbranche für Klimaschutzmassnahmen.

«Fliegen ist heute einfach zu günstig»

«Ich bin positiv überrascht über die Zustimmung», sagt Nationalrätin Franziska Ryser (Grüne), Co-Präsidentin von Umverkehr. Dass rund 65 Prozent eine Flugticketabgabe unterstützten, sei «ein starkes Zeichen». Besonders bemerkenswert findet Ryser, dass viele Befragte sogar bereit wären, mehr zu bezahlen als 30 Franken für Kurz- und 120 Franken für Langstreckenflüge.

Die Umfrage zeigt aus Rysers Sicht ein verbreitetes Unbehagen gegenüber dem heutigen Preisniveau im Flugverkehr. «Fliegen ist heute einfach zu günstig – gemessen an den tatsächlichen Kosten.» Der Flugverkehr verursache externe Kosten in Milliardenhöhe und sei einer der grössten Treiber des Klimawandels. Gleichzeitig werde Kerosin nicht besteuert, während der Zugverkehr keine vergleichbaren Vorteile geniesse. «Dieses Ungleichgewicht wollen wir korrigieren.»

Ob die geplante Volksinitiative jedoch Erfolg haben wird, ist fraglich. 2021 wurde das CO_2-Gesetz, das eine solche Flugticket-Abgabe vorsah, an der Urne knapp abgelehnt – mit 51,6 Prozent Nein-Stimmen.

Kritisch über den erneuten Anlauf für eine Ticketabgabe äussert sich deshalb FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen: «Die Stimmbevölkerung hat im Rahmen des CO_2-Gesetzes die Flugticketabgabe abgelehnt.» Dass nun erneut darüber diskutiert wird, wertet er als politischen Druckversuch und als «Zwängerei». Wasserfallen warnt vor nationalen Alleingängen. Eine Flugticketabgabe lasse sich international nicht durchsetzen – die Konsequenzen wären aus seiner Sicht absurd. «Das Resultat wäre, dass nur Reisende ab einem Schweizer Flughafen die Abgabe bezahlen müssten.» Gerade in Grenzregionen zeige sich das Problem deutlich: «In Basel wären zum Beispiel nur Abflüge ab dem Schweizer Sektor betroffen, während im französischen Sektor keine Abgabe gelten würde – ein toller Blödsinn.»

> **«Der Standort Schweiz würde an Attraktivität einbüssen.»**
>
> **Silvia Exer-Kuhn**
> Swiss-Sprecherin

Nur fünf Prozent bezahlen freiwillig

Eine solche Regelung hätte laut Wasserfallen sowohl wirtschaftlich wie klimapolitisch negative Effekte. Sie schwäche gezielt die Schweizer Luftfahrt, während ausländische Anbieter profitierten. «Das führt direkt zu einer Schwächung der eigenen Luftfahrtindustrie, die sehr moderne Flugzeuge besitzt, und stärkt andere Fluggesellschaften, deren Hubs dann profitieren könnten.» Ähnlich argumentiert auch die Fluggesellschaft Swiss, die eine solche Abgabe «dezidiert» ablehnt. «Der Standort Schweiz würde an Attraktivität einbüssen, da unser Land dadurch einen klaren Wettbewerbs- und Standortnachteil hätte», sagt Swiss-Sprecherin Silvia Exer-Kuhn.

Die Fluggesellschaft Swiss bietet ihren Passagieren bereits heute die Möglichkeit, freiwillig einen Flug zu kompensieren. Doch nur wenige buchten das Angebot, wie die Swiss-Sprecherin sagt: «Aktuell nutzen rund fünf Prozent der Fluggäste der Lufthansa Group, zu der auch Swiss gehört, eine der diversen Möglichkeiten zum nachhaltigen Fliegen.» Bei der Swiss allein zeige sich immerhin ein positiver Trend bei der Zahl der Passagiere, die von den Angeboten Gebrauch machten.

Cyrill Pinto